

Rhein-Zeitung online

https://www.rhein-zeitung.de/region/lokales/neuwied_artikel,-aussprache-ueber-fusion-spd-und-gruene-gehen-im-linzer-vgrat-baden-_arid,1882535.html

Linz

Aussprache über Fusion: SPD und Grüne gehen im Linzer VG-Rat baden

Sabine Nitsch 12.10.2018, 17:06 Uhr zuletzt aktualisiert: vor 2 Stunden

So hatten sich die Antragsteller den Verlauf der Dringlichkeitssitzung des Linzer VG-Rats am Donnerstagabend wohl nicht vorgestellt. Die Grünen, unterstützt durch die SPD und den Vertreter der Linken, hatten die Sitzung beantragt, in der es um Informationen zum Stand der Fusion gehen sollte. Die Fraktionen strebten auch einen Beschluss an, die freiwillige Fusion voran zu treiben.

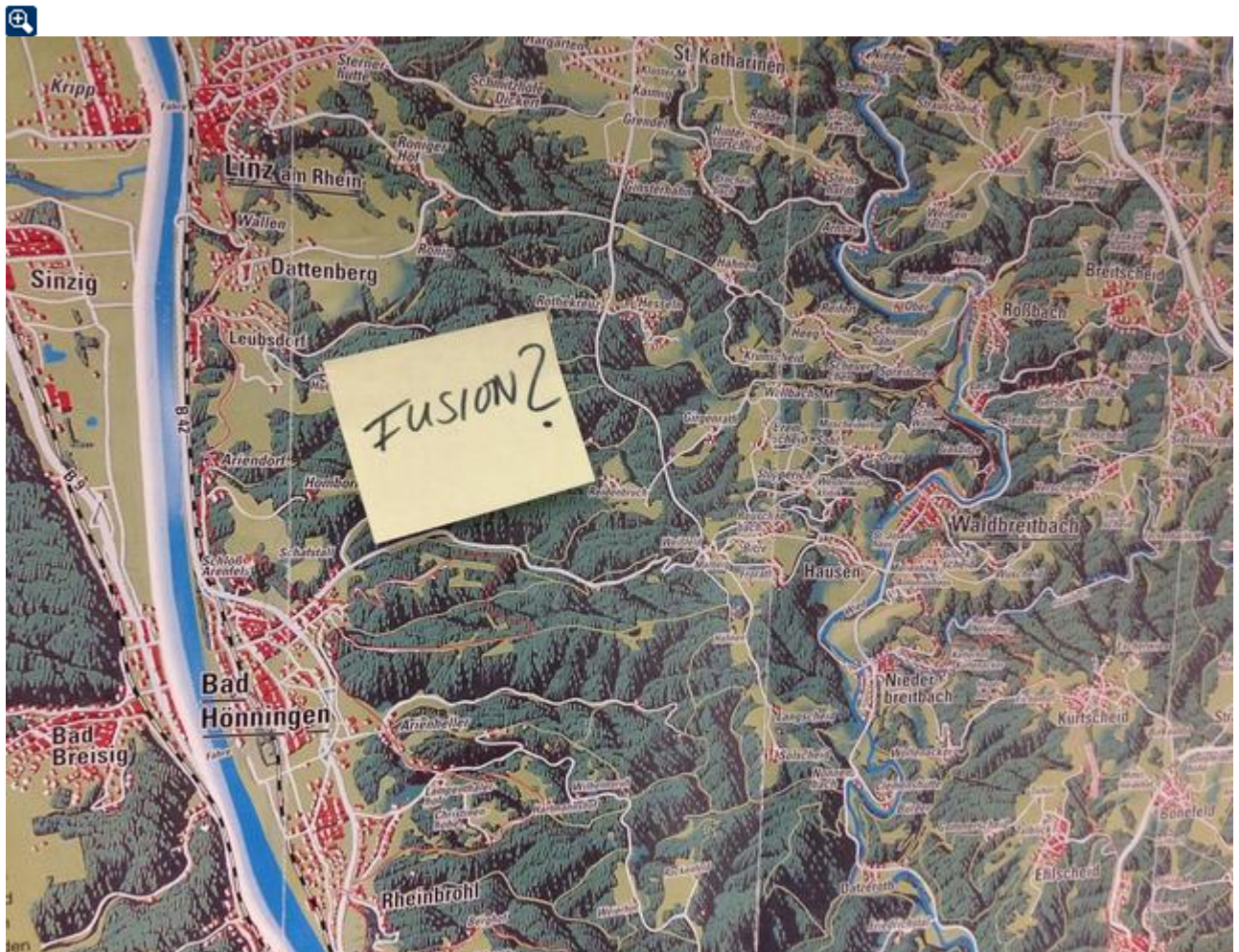


Foto: Christina Nover

Mit der Idee standen sie nicht nur komplett allein da. Die übrigen Fraktionen stellten auch den Sinn und Zweck der Sitzung und vor allem die Dringlichkeit infrage – und richteten deutliche Worte an die Vertreter von SPD und Grünen. Fritz Eichelhardt (Linke) hielt sich bedeckt und

folgte bei den späteren Abstimmungen nicht mehr den Antragstellern. Schlussendlich sprach sich der Rat gegen eine Neinstimme, bei einer Enthaltung, für einen Antrag von Frank Becker (FWG) aus, der vorschlug, die Verwaltung solle ausloten, welchen Erfolg eine Klage gegen eine Zwangsfusion des Landes habe.

Doch der Reihe nach. Die Frage, der Dringlichkeit wurde von den übrigen Fraktionen und auch von Bürgermeister Hans-Günter Fischer, als nicht gegeben angesehen.

Fischer: Es besteht kein Zeitdruck

Es bestehe auch nicht der von den Antragstellern ins Feld geführte Zeitdruck. Das Fusionsgutachten, das im August hätte vorliegen sollen, kommt erst Ende Oktober, weil Unkel die Zahlen für 2017 nicht rechtzeitig habe beibringen können. Den Zeitdruck sah Fischer, auch vor dem Hintergrund der Korrespondenz mit dem Ministerium nicht gegeben. Bis Anfang 2019 habe man Zeit, sich zum Thema freiwillige Fusion zu äußern. Ohne Ergebnisse des Gutachtens könne man aber keine Entscheidung verantworten. „Es kann zu finanziellem Schaden für die Kommune führen“, sagten Fischer und Ratsmitglieder von CDU und FWG, wurden an die Adresse der Antragsteller sehr deutlich. „Es sieht so aus, als würde mit dem Antrag zur Dringlichkeitssitzung der politische Wahlkampf eröffnet. Es fehlt der tiefere Sinn“, schimpfte Stefan Betzing (CDU).

Den tieferen Sinn einer wie auch immer gestalteten Fusion umriss Fischer. Sie werde sehr teuer. Laut Dornbachgutachten würden die Linzer Kommunen in den kommenden 30 Jahren mit rund 40 Millionen Euro mehr belastet. Die vom Land versprochene „Hochzeitsprämie“ sei da ein Tropfen auf den heißen Stein. „Private Haushalte müssen die Zeche zahlen. Auch eine freiwillige Fusion ist eine Zwangsfusion, weil sie unter Druck erfolgt“, sagte Fischer. Im Übrigen lege das Dornbach-Gutachten aus dem Jahr 2009, auf dem das Fusionsgesetz fußt, eine Einwohnerzahl von unter 12.000 für eine Verbandsgemeinde als Bemessungsgröße für eine Zwangsfusion zugrunde. Die Zahlen lägen mittlerweile bei allen deutlich darüber, was auch rechtlich relevant sein könnte.

Frank Becker (FWG), Ortschef von Kasbach-Ohlenberg, und sein Ockenfelder Amtskollege Kurt Pape (CDU) mahnten, dass die Mehrbelastungen weniger Geld im Gemeindefiskus bedeuten. Gesetze seien nicht in Stein gemeißelt. „Man kann klagen“, betonte Becker und wandte sich an die Vertreter von SPD und Grünen: „Haben Sie mehr Mut und überlegen Sie, dass sie hier für die Bürger sitzen. Ich vermisse Ihren Kampfgeist. Nach der Fusion müssen wir uns mit Problemen beschäftigen, die wir ohne Fusion gar nicht hätten.“

„Sollen wir blind dem Gesetz folgen oder den Mut haben, uns dem Diktat der Landesregierung zu widersetzen. Ich will erst alle Zahlen haben“, formulierte Stefan Betzing (CDU) eine klare Kampfansage. „Man darf sich nicht von der Hochzeitsprämie blenden lassen.“ Er erinnerte die Genossen daran, dass schon Michael Mahler (SPD), als er noch Bad Hönninger Bürgermeister war, hochrechnete, dass die Fusion seine Verbandsgemeinde 700.000 Euro mehr pro Jahr koste. „Wir sind gegen eine Fusion. Man darf sich nicht von einem merkwürdigen Gesetz der Landesregierung gängeln lassen“, wurde Hans Reul, Fraktionsvorsitzender der FWG deutlich.

Runkel (SPD) ist kompromissbereit

Mit seiner Argumentation nicht durchdringen konnte unterdessen Karl Heinz Wölbart (SPD), der in diesem Kontext forderte: „Solidarität mit anderen Verbandsgemeinden ist auch

wesentlich. Wir sollten mehr christlich denken.“ Sein Fraktionskollege Dieter Runkel (SPD) sorgte dann für eine Annäherung der gegnerischen Lager: „Jeder hat Bauchschmerzen mit der Fusion. Aber wir sollten erst einmal die Fakten abwarten. Die Idee, schon einmal zur prüfen, ob eine Klage machbar ist, finde ich gut. Das sollten wir machen.“

Betzing brachte den Antrag ein, dass die Verwaltung ihre ergebnisoffenen Gespräche mit den Verbandsgemeinden Bad Hönningen und Unkel weiterführen soll. Die Bürger sollen währenddessen umfassend unterrichtet und die Rechtsgrundlagen der Fusion geprüft werden. Mit 18 Jastimmen bei 4 Neinstimmen und einer Enthaltung wurde der Antrag angenommen. Stolz (Grüne) beantragte, freiwillige Fusionsverhandlungen aufzunehmen. Sein Antrag erhielt lediglich 3 Jastimmen und wurde mit 18 Neinstimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt.

Von unserer Reporterin
Sabine Nitsch

RZ-Kommentar: Fusionsgespräche sind nur Charade

Eines hat die denkwürdige, mehr als dreistündige Dringlichkeitssitzung deutlich gezeigt: Mit einer Haltung pro Fusion ist in der Verbandsgemeinde Linz schwer Staat zu machen. Das mussten SPD und Grüne leidvoll erfahren, denen – durch den Ferientermin zudem personell geschwächt – gegen die geschickt formulierten Beschlussvorschläge von Frank Becker (FWG) und Stefan Betzing (CDU) offensichtlich die Argumente ausgingen.

Aber auch wenn sich die Antragsteller den Verlauf sicher anders vorgestellt hatten, haben sie eines erreicht: Nach fast zwei Jahren, in denen vor dem Hintergrund der freiwilligen Fusionsgespräche eine öffentliche Aussprache über das Für und Wider kaum stattgefunden hat, liegen Positionen und Argumente nun deutlich auf dem Tisch. Für den interessierten Bürger kann dies bei der Urteilsbildung nur hilfreich sein. Immer deutlicher tritt aber auch zutage: Den Dreiergesprächen hat Bürgermeister Hans-Günter Fischer offensichtlich nur zugestimmt um Zeit zu gewinnen. Tatsächlich sind sie mehr Schein als Sein. Ob eine Klage gegen ein Fusionsgesetz letztlich Erfolg haben kann, wird sich zeigen müssen. Doch es deutet sich schon an, dass die Argumente der Gegner mit der Zeit jedenfalls nicht an Schlagkraft verlieren.

E-Mail: michael.fenstermacher @rhein-zeitung.net